

82.424

**Postulat Arnold**  
**Invalidenversicherung.**  
**Anpassung von Leistungen**  
**Assurance-invalidité.**  
**Adaptation de prestations**

*Wortlaut des Postulates vom 16. Juni 1982*

Der Bundesrat wird eingeladen, die Schul- und Kostgeldansätze der Invalidenversicherung für die Sonderschulung bildungsfähiger Minderjähriger den gestiegenen Kosten anzupassen.

Er wird zudem ersucht, die Modalitäten für die Gewährung von Betriebsbeiträgen an Eingliederungsstätten und Anstalten zu vereinfachen und wirksamer zu gestalten.

*Texte du postulat du 16 juin 1982*

Le Conseil fédéral est invité à adapter, en fonction de l'augmentation des coûts, les subsides aux frais d'école et de pension de l'assurance-invalidité pour la formation scolaire spéciale des mineurs.

Il est en outre prié de simplifier les modalités d'octroi de subventions pour frais d'exploitation aux centres de réadaptation et établissements afin d'en renforcer l'efficacité.

**Arnold:** Das Anliegen, das ich Ihnen mit meinem Postulat vortrage, gehört nicht zu den grossen Revisionsthemen der Invalidenversicherung. Es verlangt keine Änderung des Gesetzes, sondern nur der bundesrätlichen Vorschriften. Mein Problem ist auch nicht im Wunschkatalog des Schweizerischen Invalidenverbandes vom Mai dieses Jahres enthalten und greift auch der Standesinitiative des Kantons Basel-Landschaft, die wie der seinerzeitige Vorstoss unseres Kollegen Gadiant eine feinere Abstufung der Invalidität verlangt, in keiner Weise vor.

Es ist eine der wertvollsten Wirkungen der Eidgenössischen Invalidenversicherung, dass sie mit ihren Beiträgen die Erfassung von behinderten Jugendlichen in Sonderschulen und die Eingliederung und Beschäftigung Behinderter in Invalidenwerkstätten fördert. Die Sonderschulen und die Invalidenwerkstätten sind Gegenstand meines Postulates. Träger dieser beiden Arten von Einrichtungen, die dem Vollzug des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung direkt dienen, sind häufig gemeinnützige Vereine oder Stiftungen, öfter in Zusammenarbeit mit einer Stadt oder mit dem Kanton. Es ist sehr anerkennenswert, wie gerade auf diesem Gebiet private Initiative und Gelder sowie Spenden mithelfen, eine öffentliche Aufgabe zu lösen. Diese Einrichtungen verdienen deshalb unsere Aufmerksamkeit und unsere Förderung.

Die Invalidenversicherung erbringt heute schon grosse Leistungen an den Bau und Betrieb der Sonderschulen, der Invalidenwerkstätten und Anstalten. Zu diesen Leistungen gehören unter anderem bei den Sonderschulen die Schulgeld- und Kostgeldbeiträge der IV und bei den Invalidenwerkstätten die Betriebs- und Defizitbeiträge. Sie sind in ausführlichen Vorschriften geregelt. Der Bundesrat bestimmt die Ansätze. Durch entsprechende Vorschriften ist auch dafür gesorgt, dass Kanton und Gemeinden, bzw. beim Kostgeld die Eltern, zur Kostendeckung beitragen. Letztmals wurde auf den 1. Januar 1981 der Kostgeldbeitrag für Sonderschulen erhöht und auf 15 Franken pro Aufenthaltstag festgesetzt. Nicht erhöht wurde 1981 der Schulgeldbeitrag, der 15 Franken pro Schultag beträgt, zuzüglich Beiträge an das Defizit. Die Bemessung dieser Beiträge ist nicht ganz einfach geregelt. Ich verzichte auf weitere Einzelheiten dazu.

Mein Postulat möchte den Bundesrat einladen, die genannten Beiträge der IV an Sonderschulen und IV-Werkstätten – das Gesetz nennt sie geschützte Werkstätten – anzupassen und vielleicht auch die Bemessung und Berechnung dieser Beiträge zu vereinfachen. Zahlreiche Sonderschulen und IV-Werkstätten bekunden heute Mühe, ihre Rechnungen im Gleichgewicht zu halten. So haben zum Beispiel im Kanton Uri sowohl bei der Sonderschule wie bei der IV-Werkstatt Kanton und Gemeinden nebst den ordentlichen Beiträgen noch Defizite zu decken. Es handelt sich bei meinem Postulat aber nicht etwa um ein unerisches Problem. Ich wäre froh, wenn die Invalidenversicherung zu dessen Lösung weiterhin beitragen könnte. Die genannten wertvollen und für den Gesetzesvollzug notwendigen Einrichtungen dürfen nicht in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Ob die neue Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen Änderungen auf diesem Gebiet bringen wird, bleibt abzuwarten. Wir sollten und können aber nicht zuwarten, wenn es darum geht, den Fortbestand der Sonderschulen und der IV-Werkstätten zu sichern.

Ich bitte Sie, das Postulat zu überweisen.

**Bundesrat Hürlimann:** Die Darlegungen von Herrn Ständerat Arnold über die Art, wie wir solche Sonderschulen und geschützte Werkstätten unterstützen, sind richtig. Richtig ist auch, dass diese Sonderschulen und auch diese Werkstätten unterschiedliche Träger aufweisen und dementsprechend auch ganz unterschiedlich finanziert werden. Bei den Sonderschulen haben wir eine feste Komponente – Sie haben sie erwähnt –: das Schul- und Kostgeld, das pro Kind und Tag ausbezahlt wird. Das Kostgeld wurde ab 1. Januar 1981 von 10 auf 15 Franken erhöht. Für die Zukunft sehen wir vor, diese festen Beiträge im Rhythmus der Rentenanpassungen, die wir von jetzt an in der Regel ungefähr alle zwei Jahre vornehmen, anzupassen.

Wichtiger als die Schul- und Kostgelder sind die sogenannten Betriebsbeiträge, die wir aufgrund von ausgewiesenen Rechnungen zu bezahlen haben. Ich habe selber Einblick in solche Abrechnungen und stelle fest, dass die Unterschiede bei diesen Finanzierungen ausserordentlich gross sind. Dies gilt auch für die Werkstätten. Hier spielen verschiedene Dinge hinein, je nachdem, ob eine Werkstätte gut oder nicht gut rentiert; ob es sich um Werkstätten handelt, die praktisch nur eine Betätigung der Behinderten ohne entsprechende wirtschaftlich effiziente Leistungen zum Ziele haben. Diesen wesentlichen Faktoren müssen wir Rechnung tragen. Und wenn wir ein zu einfaches System einführen würden, indem wir einfach einen entsprechenden Beitrag pro Sonderschule oder pro Heim leisten oder bestimmte Prozente vom Defizit übernehmen, dann würden wir, je nachdem, ob diese Sonderschule von einer gemeinnützigen Stiftung getragen wird oder von einer finanzstarken Stadt oder Gemeinde, sofort wieder neue Ungerechtigkeiten begehen.

Ich erkläre aber, weil das Problem besteht und weil wir auch entsprechende Eingaben in dieser Richtung haben, dass wir das Postulat entgegennehmen; was bedeuten würde, dass wir auf Bundesratsstufe mit der nächsten Rentenanpassung, d. h. voraussichtlich pro 1. Januar 1984 die Erhöhung vornehmen werden. Wir könnten es, wenn es unbedingt notwendig wäre, auch früher tun, aber ich habe schon ausgeführt: dieser Kostgeldbeitrag ist die weniger wichtige Unterstützung als jene, die in einem sogenannten zweistufigen Verfahren möglichst gerecht und nach gleichen Grundsätzen diese Defizite decken soll.

Ob wir dieses Problem noch etwas vereinfachen können, wird sich zeigen. Ich habe gerade vor wenigen Tagen meinem Direktor die Weisung gegeben, dass er mindestens durch Vorschüsse aufgrund von Abrechnungen von Vorjahren die entsprechende Milderung vornehmen kann, so dass diese Beiträge nicht erst am Ende eines Jahres, wenn noch so und so viele Zinsen aufgrund von Kontokorrentkrediten aufgelaufen sind, ausbezahlt werden. So sollte zumindest eine erste entsprechende Milderung zugunsten dieser Werkstätten eintreten. Die Restsummen würden wie üblich

aufgrund der definitiven Abrechnung ausbezahlt. Das ist eine Weisung, die ich schon vor 14 Tagen meinem Direktor aufgrund eines konkreten Falles erteilt habe. Aus diesen Gründen – Sie sehen es, Herr Ständerat Arnold –, sind wir bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

*Überwiesen – Transmis*

*Schluss der Sitzung um 9.00 Uhr  
La séance est levée à 9 h 00*

## **Fünfte Sitzung – Cinquième séance**

**Montag, 27. September 1982, Nachmittag**

**Lundi 27 septembre 1982, après-midi**

18.15 h

*Vorsitz – Présidence: M. Dreyer*

---

82.047

### **Hochschulen. Freier Zugang Hautes écoles. Libre accès**

Botschaft und Beschlussentwurf vom 14. Juni 1982 (BBI II, 497)

Message et projet d'arrêté du 14 juin 1982 (FF II, 521)

Beschluss des Nationalrates vom 20. September 1982

Décision du Conseil national du 20 septembre 1982

---

#### *Antrag der Kommission*

Eintreten

#### *Proposition de la commission*

Entrer en matière

**M. Schaffter**, rapporteur: Le 19 décembre 1980, les Chambres fédérales ont adopté l'arrêté fédéral qui réglait la quatrième période de subvention des hautes écoles selon la loi sur l'aide aux universités. Pour cette quatrième période, qui va du 1<sup>er</sup> janvier 1981 au 31 décembre 1983, le montant des crédits débloqués était de 650 millions de francs pour la subvention de base et de 260 millions pour les subventions d'investissement.

L'arrêté fédéral aurait pu se tenir à ces deux décisions, mais alors grandissait à l'horizon universitaire l'ombre d'une fréquentation pléthorique de l'une ou l'autre faculté avec, au bout du compte, si les choses suivaient leur cours, la menace directe d'éclatement des investissements ou du couperet que constitue le numerus clausus. C'est pourquoi, afin de favoriser les investissements judicieusement programmés, les Chambres ont ménagé la possibilité de prélever, sur les 260 millions de francs destinés à cet effet, un montant de 60 millions au maximum destinés à fournir une aide particulière aux cantons qui prennent des mesures spéciales pour augmenter la capacité d'accueil de leur haute école. Or, voilà bientôt deux ans que cette offre de la Confédération aux cantons universitaires existe, deux ans au cours desquels la menace du numerus clausus a préoccupé toujours davantage le monde universitaire au point que la mesure a été envisagée, particulièrement dans les facultés de médecine. Mais deux ans aussi au bout desquels aucun canton universitaire n'a eu recours à l'aide spéciale prévue dans l'arrêté du 19 décembre 1980.

A quoi tient ce fait apparemment incompréhensible? A deux raisons, dont la première est à l'origine du message qui nous occupe aujourd'hui et qui consiste dans le fait que l'aide de la Confédération coûte aux cantons intéressés deux fois sa valeur. En effet, l'arrêté stipule que l'aide ne saurait dépasser la moitié des investissements cantonaux. Quant à la seconde raison, elle tient à la diminution linéaire des subventions fédérales, diminution de plus de 20 pour cent en valeur réelle et que l'apport financier nouveau des cantons non universitaires n'atténue que dans une très faible mesure. Dès lors, contraints d'augmenter leurs propres dépenses d'exploitation, les cantons universitaires ont été assez rapidement asphyxiés et mis ainsi dans l'incapacité de procéder à des investissements, fussent-ils subventionnés de façon spécialement avantageuse.

## **Postulat Arnold Invalidenversicherung. Anpassung von Leistungen**

## **Postulat Arnold Assurance-invalidité. Adaptation de prestations**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1982
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	04
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	82.424
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	23.09.1982 - 08:00
Date	
Data	
Seite	435-436
Page	
Pagina	
Ref. No	20 010 937

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.